

JEDE GEGENWART SCHAFFT SICH IHRE VERGANGENHEIT NEU

Die Transformation des kulturellen Gedächtnisses

TEXT: HEIDEMARIE UHL

„Jede Gegenwart schafft sich ihre Vergangenheit neu“ – dieses dynamische Verständnis von gesellschaftlicher Erinnerung umschreibt das Programm, mit dem das Interesse für Gedächtnis Ende der 80er Jahre in vielen wissenschaftlichen Disziplinen Einzug gehalten hat. Mittlerweile bezeichnet „Gedächtnis“ ein international etabliertes, transdisziplinäres Forschungsfeld, in dem folgende Fragen bzw. Aspekte im Vordergrund stehen:

- Wie entstehen Vorstellungen über die „gemeinsame“ Geschichte eines Kollektivs (etwa einer Nation), welche Konstruktionsmechanismen werden bei der Generierung der „gemeinsamen“ Vergangenheit einer Wir-Gemeinschaft („unsere Geschichte“) wirksam?
- Welches sind die identitätsstiftenden historischen Bezugspunkte einer Gesellschaft, auf welche Ereignisse und Personen bezieht sich das Gedächtnis einer Gesellschaft?
- Wie erfolgt die Weitergabe des kollektiv geteilten Wissens

über die Vergangenheit (so definiert Jan Assmann den Begriff Gedächtnis) in öffentlich kommunizierten und privat tradierten Erzählungen (Narrationen)?

- Wie gestalten sich die kulturellen Formungen des kollektiven Gedächtnisses (Gedenkfeiern, Jahrestage etc.) sowie seine materiellen Ausdrucksformen (Repräsentationen) in „Gedächtnisorten“ (Pierre Nora) wie Denkmälern, Gedenkstätten, Museen, aber auch Filmen und literarischen Werken?

FASZINOSUM GEDÄCHTNIS

Was macht nun das Faszinosum des Gedächtnisses aus, warum sind Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik zu Schnittstellen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Interesses geworden? Die Vorstellung, nicht mehr im Zeitalter der Moderne, sondern in ihrem „Post“ zu leben, das damit verbundene Nachlassen des Fortschrittsdenkens und das Verblassen von zukunftsweisenden Erwartungshorizonten einerseits, das



Mahmal, Judenplatz - ©Jüdisches Museum der Stadt Wien

Ende der Ost-West-Systemkonkurrenz durch den Zerfall der kommunistischen Staatenwelt andererseits haben eine Veränderung der Wahrnehmung der gegenwärtigen sozialen Wirklichkeit bewirkt. Denkfiguren wie die Ablösung der „großen Erzählung“ (Jean-François Lyotard) der Moderne durch die neue „Unübersichtlichkeit“ der Postmoderne gewannen an Raum. Die Erosion der Gegensätze zwischen den politischen Ideologien (und Parteien) und damit jener politischen Ordnungsmuster, die seit der Französischen Revolution die politische Kultur der westlichen Industriestaaten geprägt hatten, trug ebenfalls dazu bei, dass sich die Wertvorstellungen und normativen Grundlagen eines Kollektivs nicht mehr vorrangig aus Entwürfen und Utopien für eine gegenwärtige oder zukünftige „bessere Welt“ speisen konnten, sondern aus dem Rückgriff auf die Erfahrungen der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Jan Assmann hat das Interesse für die Formen

sozialer Erinnerung gerade durch deren Relevanz als Indikatoren für das Normen- und Wertesystem einer Gesellschaft legitimiert: „In ihrer kulturellen Überlieferung wird eine Gesellschaft sichtbar: für sich und für andere. Welche Vergangenheit sie darin sichtbar werden und in der Wertperspektive ihrer identifikatorischen Aneignung hervortreten lässt, sagt etwas aus über das, was sie ist und worauf sie hinauswill.“

Das wissenschaftliche Interesse für Gedächtnis, das Ende der 80er Jahre einsetzt, steht aber auch im Zusammenhang mit einer neuen gesellschaftlichen Sensibilität für das „Verdrängen“ und „Vergessen“ der NS-Vergangenheit, vor allem was die Ausblendung jenes historischen Geschehens betrifft, das zunehmend als das Zentralereignis des 20. Jahrhunderts begriffen wird: der „Zivilisationsbruch Auschwitz“ (Dan Diner), die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch den NS-Herrschaftsapparat.

DIE EROSION DER POLITISCHEN NACHKRIEGSMYTHEN

Diese Transformation des kollektiven Gedächtnisses und die damit verbundenen öffentlichen Konflikte um die Beurteilung und Darstellung der dunklen Punkte der Vergangenheit erfolgte seit den 80er Jahren in vielen europäischen Ländern. Obwohl die Kontroversen in jedem Land andere Ausgangspunkte und unterschiedliche Verlaufsmodelle haben, lässt sich dennoch eine gemeinsame, transnationale Signatur erkennen: das Zerbrennen der europäischen Nachkriegsmythen (Tony Judt), die seit 1945 den Umgang mit der NS-Vergangenheit bestimmt haben, und die „Neuverhandlungen“ um das offizielle Geschichtsbild. Nach Kriegsende hatte praktisch jeder Staat des ehemaligen nationalsozialistischen Herrschaftsbereichs die Schuld an den Verbrechen des NS-Regimes auf Deutschland projiziert, während das „eigene“ Land und die „eigene“ Bevölkerung als Opfer grausamer Unterdrückung durch die deutsche Besatzungsmacht einerseits, als Träger von Freiheitskampf, Widerstand und Résistance andererseits dargestellt wurden. In der Nachkriegsphase diente die Konstruktion dieser exkulpierten Mythen der gesellschaftlichen Integration im Hinblick auf eine zutiefst gespaltene Bevölkerung – die Erfahrungen der Jahre vor 1945 im Spannungsfeld von Involvierung in den nationalsozialistischen Herrschaftsapparat und Gegnerschaft zu den NS-Machthabern waren noch unmittelbar präsent.

Die österreichische Variante dieses Nachkriegsmythos, zugleich die Gründungserzählung der Zweiten Republik, wurde in der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 festgelegt: Unter wörtlicher Bezugnahme auf die Moskauer Deklaration der alliierten Außenminister vom 30. Oktober 1943 erscheint Österreich darin als „das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist“. An diesem Geschichtsbild wurde in den folgenden Jahrzehnten auf offizieller Ebene festgehalten, ungeachtet des hohen Anteils österreichischer NationalsozialistInnen – 1942 waren rund 688.000 Personen bzw. 8,2 Prozent der Gesamtbevölkerung Mitglieder der NSDAP – und ungeachtet der führenden Rolle von ÖsterreicherInnen innerhalb des nazistischen Besatzungs- und Terrorapparats. Vor allem aber hatten ÖsterreicherInnen durch den Kriegsdienst in der deutschen Wehrmacht die Kriegsführung Hitlerdeutschlands mitgetragen.

Das Beispiel Österreich zeigt allerdings, dass diese Nachkriegsmythen keineswegs so stabil und homogen waren, wie dies retrospektiv den Anschein hat, sondern von Verhandlungen, Konflikten und Umdeutungen geprägt waren: Nach der kurzen Phase eines antifaschistischen Grundkonsenses aller gesellschaftlichen Kräfte in der ersten Nachkriegszeit, ver-

bunden mit rigorosen Maßnahmen der Entnazifizierung und strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechen, veränderten sich bereits Ende der 40er Jahre die geschichtspolitischen Rahmenbedingungen. Vor dem Hintergrund des Buhls der politischen Parteien um die Stimmen der ehemaligen NationalsozialistInnen mehrten sich bereits wenige Jahre nach Kriegsende die Forderungen nach einem „Schlussstrich“ unter die Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes. In diesem Zusammenhang veränderte sich auch die Semantik des Opfer-Narrativs: das antifaschistische Verständnis von Österreich als erstem Opfer des Nationalsozialismus wurde von der populistischen Neuformulierung des Opfer-Begriffs abgelöst, wonach die ÖsterreicherInnen zu Opfern des Krieges gegen den Nationalsozialismus geworden seien. Mit diesem Geschichtsbild konnten sich auch ehemalige NationalsozialistInnen identifizieren – die GegnerInnen und Opfer des Nationalsozialismus, für die 1945 die Befreiung von einem Gewaltregime bedeutet hatte, waren aus dieser Sichtweise allerdings tendenziell ausgeschlossen. Nur kurzfristig galten die Widerstandskämpfer als „Helden“ und „Märtyrer“ des neuen Österreich, in den 50er Jahren traten Heldenehrungen für die gefallenen Wehrmachtssoldaten in weiten Teilen Österreichs in den Mittelpunkt der öffentlichen Erinnerungskultur, während entsprechende Würdigungen für Regimeopfer vielfach unterblieben.

TRANSFORMATION DER ERINNERUNGSKULTUR

Die skizzierte Konstellation des „österreichischen Gedächtnisses“, die sich in der Nachkriegszeit im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg und der Integrationspolitik gegenüber den „Ehemaligen“ herauskristallisiert hat, lässt sich an der österreichischen Denkmal-Landschaft präzise ablesen: Während Denkmäler für die gefallenen Soldaten des Zweiten (und des Ersten) Weltkrieges zumeist im Zentralraum von Städten und Dörfern präsent sind, ist das Gedenken an die Opfer von Widerstand und Verfolgung zumeist an den Peripherien des öffentlichen Raums zu finden. In vielen Orten blieb die Erinnerung an die lokalen Opfer des NS-Regimes eine Leerstelle – durchaus ein Symbol der Schweigestellen der öffentlichen und privaten Narrationen über die Vergangenheit, in denen die Erzählungen über die Verteidigung der „Heimat“ durch die Soldaten der deutschen Wehrmacht und die Leiden unter den Auswirkungen des Kriegsgeschehens im Vordergrund standen. Eine Ausnahme bildet die Bundeshauptstadt Wien, die durch die Vielzahl der vor allem in den ersten Nachkriegsjahren errichteten Erinnerungsstätten für die Opfer des Widerstandes geprägt wurde. Allerdings dominierte auch hier das Gedenken an den österreichischen Freiheitskampf, wäh-

rend die Opfer der „rassischen“ Verfolgung und andere Opfergruppen – Roma und Sinti, Homosexuelle, Euthanasie-Opfer etc. – kaum Eingang in die öffentliche Erinnerungskultur gefunden haben.

Es ist gerade diese Struktur der Gedächtnislandschaft, die von VertreterInnen einer jüngeren Generation zunehmend als problematisch und unangemessen empfunden wurde. Nicht zuletzt stand die regional zumeist vorherrschende Praxis des Gedenkens an die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs und die Ausblendung der Opfer der NS-Herrschaft aber auch im Widerspruch zum offiziellen Narrativ der Opferthese, in der der Kriegsdienst im Zweiten Weltkrieg als erzwungene Pflichterfüllung für eine „fremde“ Macht und das Kriegsende 1945 eindeutig als Befreiung von der NS-Gewaltherrschaft und als Geburtsstunde des neuen, demokratischen Österreich deklariert wurde.

Aber erst Mitte der 80er Jahre führten die Widersprüche des „österreichischen Gedächtnisses“, der spezifische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Zweiten Republik, zu gesellschaftspolitischen Grundsatzdebatten. 40 Jahre nach 1945 hatten die europäischen Nachkriegsmythen ihre Funktion offenkundig weitgehend eingebüßt. Eine neue Generation, die nicht mehr direkt von der Erfahrung der NS-Zeit geprägt war, begann neue Fragen an die Geschichte zu stellen – Fragen nach dem Anteil des „eigenen“ Kollektivs an den Verbrechen der NS-Gewaltherrschaft, nach dem Ausmaß an Kollaboration, nach der Beteiligung am Holocaust und nach den blinden Flecken und Leerstellen der offiziellen bzw. regional dominanten Gedächtniskultur.

Die Gegensätze zwischen dem offiziellen Geschichtsbild der Opferthese einerseits, der regional vielfach dominanten Erinnerungskultur eines heroisierenden Gefallenengedenkens bzw. den im familiären Rahmen und an den Stammtischen tradierten Erzählungen über das eigene Leid unter den Kriegseinwirkungen andererseits waren letztlich unvereinbar. Aber auch die politisch instrumentalisierte Opferthese hatte an Gültigkeit eingebüßt, zunehmend wurde zwischen der Ebene der staatlichen Souveränität, in der die Argumentation als „erstes Opfer“ nach wie vor ihre Berechtigung hat, und der Rolle der Bevölkerung in den Jahren 1938 bis 1945 unterschieden. Aus dieser Perspektive erschien Österreich nun als „Nachfolgestaat des Dritten Reiches“ (M. Rainer Lepsius), als NS-„Tätergesellschaft“, die über die historische Mitverantwortung am Holocaust Rechenschaft abzulegen hatte.

Das Bekenntnis zur „Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben“, die „moralische Mitverantwortung für Taten unserer Bürger“

wurde erstmals 1991 von Bundeskanzler Vranitzky im Namen der Bundesregierung abgelegt. Diese Transformation von der Opfer- zur Mitverantwortungsthese hat nicht nur in politische Erklärungen der höchsten Repräsentanten des Staates Eingang gefunden, sondern kommt auch in vielfältigen Aktivitäten einer neuen Erinnerungskultur zum Ausdruck, die vor allem bislang ausgeblendeten Opfergruppen, insbesondere den Opfern des Holocaust gewidmet ist.

Mittlerweile haben sich neue historische Bezugspunkte des kulturellen Gedächtnisses herauskristallisiert – vor allem der 9./10. November, der Jahrestag des Novemberpogroms, und der 27. Jänner, der Tag der Befreiung des KZ Auschwitz. In Österreich wurde der 5. Mai, der Tag der Befreiung des KZ-Mauthausen, 1997 vom Nationalrat zum Gedenktag für die Opfer des NS-Regimes erklärt.

Die neue Gedächtniskultur wird aber nicht allein von Seiten des offiziellen Österreich getragen. Vielmehr basiert sie auf einer Vielzahl von Initiativen, die sich in Wien, in den Landeshauptstädten, aber auch in kleineren Kommunen und im ländlichen Raum gebildet haben, um bislang nicht gewürdigten NS-Opfern, vor allem den vertriebenen und ermordeten Jüdinnen und Juden, aber auch anderen verfolgten Gruppen (Roma und Sinti, Zeugen Jehovas, Homosexuelle etc.) ein ehrendes Gedenken zu erweisen. Bislang „vergessene“ Stätten von NS-Verbrechen werden kenntlich gemacht, Zeichen der Erinnerung für NS-Opfer errichtet, in Graz wurde die 1938 zerstörte Synagoge neu erbaut etc.

Nicht nur die heroischen („Widerstand“) und viktimologischen („Opfer“) Mythenbildungen der Nachkriegszeit bilden eine gemeinsame europäische Signatur, sondern auch die Erfahrung ihres Zerfalls: Das Zerschneiden der Nachkriegsmythen in den Deutungskonflikten um die Vergangenheit, die Neuverhandlung des Geschichtsbildes und die Durchsetzung einer neuen Erinnerungskultur ist ein gesamteuropäischer Prozess. In diesem Rahmen wurde „Auschwitz“ seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert zum Synonym für die Gewaltgeschichte der Moderne, zu einem negativen historischen Bezugspunkt nicht nur im nationalen Rahmen, sondern darüber hinaus für das Selbstverständnis der Europäischen Union: Der 27. Jänner soll vom EU-Parlament zum „Europäischen Holocaust-Gedenktag“ erklärt werden. Insofern formiert sich mit der Holocaust-Erinnerung ein erster Gedächtnisort von transnational-europäischer, wenn nicht globaler Relevanz.

Drⁱⁿ Heidemarie Uhl, Historikerin und Kulturwissenschaftlerin, ist Mitarbeiterin des Forschungsprogramms „Orte des Gedächtnisses“ an der Kommission für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Lehrbeauftragte an der Universität Wien